

Haushalt 2017

Horst Schuh, CDU-Gemeinderatsfraktion, 13. Dezember 2016

Der HH 2017 ist insoweit etwas Besonderes, da er der erste nach dem „Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR)“ ist. Ein schwieriges Wort, das gewöhnungsbedürftig ist, ebenso wie die neuen Begriffe. Aber trotz des neuen Haushalts- und Rechnungswesens gilt weiterhin die Regel der guten schwäbischen Hausfrau: „Man kann oder sollte nicht mehr ausgeben, als man einnimmt und für schwierigere Zeiten sollte man etwas auf der hohen Kante haben.“

Was hat sich also grundlegend geändert?

Das neue Rechnungswesen beinhaltet nun auch Abschreibungen und zeigt damit den Vermögensverzehr an. Unsere Abschreibungen liegen 2017 bei 4,6 Mio. € und werden im Ergebnishaushalt erwirtschaftet. Dies wird auch für den gesamten Zeitraum des Finanzplans (bis 2020) erreicht. Wir leben also nicht vom Vermögensverzehr.

Trotzdem haben für die CDU-Fraktion die Erhaltungs- und Sanierungsaufwendungen unter diesem Aspekt eine ganz besondere Bedeutung. Denn unterlassene Unterhaltungsaufwendungen von heute sind die neuen Schulden von morgen. Nach unserer Ansicht sind wir bei der Sanierung sowie dem Neu- bzw. Erweiterungsbau von Gebäuden, ob Verwaltungsgebäude, Schulen, Kindertagesstätten oder Hallen, auf einem sehr guten Weg (um nicht zu sagen auf der Autobahn). Dies ist ja auch mit deutlichem Abstand die größte Position im Finanzplan.

Weit weniger erfolgreich, um nicht zu sagen „stiefmütterlich“, gehen wir mit unseren Gemeindestraßen (teilweise wohl eher Schlaglochpisten) um. Eine Anfrage aus dem Gemeinderat hat ergeben, dass über 40 Straßen stark sanierungsbedürftig sind. Eine weitere Anfrage der CDU-Fraktion hat gezeigt, dass es in der Kernstadt sowie in fast allen Stadtteilen nach wie vor Straßen gibt, die noch nicht endgültig hergestellt sind und deshalb erschließungsbeitragspflichtig sind. Gleichzeitig erleben wir, dass heute 40 oder 50 Jahre nach der Bebauung an diesen Straßen die Erhebung von Erschließungsbeiträgen auf Widerstand bei den Beitragspflichtigen stößt. Ich darf nur an die Burkhardstraße, die Graf-Wolfegg-Str., den Galgenweg oder die Tannensteigstr. erinnern. Die Liste könnte noch beliebig erweitert werden.

Nicht vergessen möchte ich unsere Feldwege. Diese rangieren im Ranking an allerletzter Stelle (um nicht zu sagen im Niemandsland), wenn es nicht gerade wichtige Fahrradwege sind. Und es bedarf jedes Mal eines besonderen Kraftaktes, wenn mal wieder ein Stückchen gerichtet werden soll.

Deshalb haben wir gemeinsam mit der Fraktion FB/FDP den Antrag gestellt, in den dringend erforderlichen Erhalt unserer Straßen zusätzliche Mittel zu investieren.

Zwei weitere wichtige Themen für unsere Stadt, die Gründung der Wohnbaugesellschaft und die Bereitstellung von Wohnbauland wurden von der CDU-Fraktion im ablaufenden Jahr positiv begleitet. Im HH 2017 werden nun die Weichen für die Startphase der Wohnbaugesellschaft gestellt. Natürlich beinhaltet die Gründung einer Gesellschaft immer auch Risiken. Aber wir sind froh, dass sich die Verwaltung und der GR zu diesem Schritt entschlossen haben.

Auch bei der Wohnbaulandentwicklung sehen wir uns auf gutem Weg. Erste positive Entwicklungen werden dazu beitragen, dass sich das neue System durchsetzen wird.

Kritisch sehen wir weiterhin die Personalentwicklung. Neben den tariflichen Personalkostensteigerungen haben wir jedes Jahr Stellenzuwächse. Als GR können wir nicht die Notwendigkeit jedes einzelnen Stellenzuwachses (vor allem im Zehntelbereich) bewerten, das ist die Aufgabe der Verwaltung. Aber Personalaufwendungen von 22 % der ordentlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt schränken unsere Möglichkeiten sehr schnell ein, wenn unsere Haupteinnahmequellen, die - Steuern (49 %),- nicht mehr wie gewohnt steigen oder gar einbrechen. Wir werden deshalb weitere Personalaufstockungswünsche nicht unterstützen.

Nachdem das nackte Zahlenwerk im Ergebnishaushalt nur die Endergebnisse der Produkte benennt und nicht alles in den Erläuterungen abgedruckt werden kann, werden hier zwangsläufig Fragen auftauchen. Mit der Kostenstellenrechnung können aber nun Leistungen und die Wirtschaftlichkeit einzelner Verwaltungsbereiche besser hinterfragt werden. Hiervon werden wir künftig vermehrt Gebrauch machen. Für die Kämmerei dürfte dies keine Problem sein.

Im Rahmen der Neuorganisation des Amtes für Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerengagement sollte unseres Erachtens der Onlineservice für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger im Rahmen der technischen Möglichkeiten weiter ausgebaut und verbessert werden.

Die Einführung des „Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens“ ist und war eine Mammutaufgabe, mit der sich das Team der Kämmerei nun ein Jahr befasst hat und ich möchte nicht wissen, wieviel Zeit und Überstunden dafür angefallen sind. Festzuhalten ist jedoch, aus unserer Sicht ist die Umstellung reibungslos verlaufen und wir dürfen uns hierfür bei Ihnen, Herr Messmer, und ihrem Team ganz herzlich für die geleistete sehr gute Arbeit bedanken. Vor allem auch für die Einführung in das NKHR. Wir Gemeinderäte haben Ihnen dabei viel Geduld abverlangt.

Die CDU-Fraktion trägt den Haushalt 2017 mit.

Haushaltsrede 2017 der SPD – Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Neher, sehr geehrte Beigeordnete Herr Weigel und Herr Dr. Bednarz,

zu allererst – und nicht wie sonst üblich am Schluss – möchte ich mich im Namen unserer Fraktion bei Herrn Meßmer und seinem Team bedanken, die in enormer Fleiß- und Hirnarbeit diesen Haushalt zum ersten Mal nach den Vorgaben des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens aufgestellt und immer wieder versucht haben, uns den Übergang nicht ganz so schwer zu machen. Doch es wird sicher noch einige Zeit brauchen, bis wir uns wirklich gut in unserem wichtigsten Arbeitspapier auskennen. Dieses Jahr bleibt uns nichts anderes übrig, als Ihnen zu vertrauen.

Und Vertrauen müsste uns nicht schwer fallen bei diesem für unsere Stadt so positiven Haushaltsvolumen von 115 Mio. Euro. Und die Verwaltungsspitze hat sich viele Gedanken gemacht, was sie alles bauen und investieren könnte und schlägt 32,6 Mio. an Investitionen allein in diesem Jahr vor. Sicher, viele dieser Vorschläge für dieses und die nächsten Jahre (45 Mio. bereits verplant) sind sinnvoll und notwendig. Doch wir stellen uns – wie bereits bei unserer letzten Rathausrunde – die Frage, sind nicht wir – der Gemeinderat – der Souverän? Sollten nicht wir – zusammen mit der Verwaltungsspitze – die Schwerpunkte bestimmen, uns über die Entwicklungsmöglichkeiten in all den verschiedenen Quartieren unserer Gesamtstadt Gedanken machen? Oh ja, das können und dürfen wir ja jetzt, wir können ja oder nein sagen zu den Vorschlägen der Stadtspitze und da es uns gerade gut geht, können wir auch eigene Vorschläge einbringen, ohne die finanzielle Deckung gleich mitliefern zu müssen.

Wer aber das Prozedere kennt, weiß wie schwer es ist, Vorschläge der Verwaltung – natürlich sehr gut durchgerechnet – abzulehnen, denn damit würde man sich mit Garantie in dem einen oder anderen Teilort oder der Kernstadt unbeliebt machen, da doch der Oberbürgermeister dafür ist. Aber machen wir uns auch Gedanken, wie es um das jeweilige Quartier insgesamt bestellt ist? Wir stellen ein Programm Bauland 2025 auf mit 8,6 Mio. Grunderwerb bereits in diesem Jahr, aber nach dem Windhund Prinzip: der Ortsteil oder das Quartier in der Kernstadt, das am Schnellsten die verkaufswilligen Grundbesitzer hat, der bekommt als Erstes ein neues Baugebiet.

Doch stellen wir uns auch gleichzeitig den Fragen und deren Beantwortung wie z. B.: Was benötigen dort die Kinder und Jugendlichen, was die ältere Generation, wie gut ist die Infrastruktur, die Anbindung an den Nahverkehr, gibt es Platz für Gewerbe und gibt es auch bezahlbare Wohnungen? Sind all diese Vorschläge vor diesem Hintergrund wirklich sinnvoll oder wollen wir sie nur verwirklichen, weil wir gerade mal Geld haben? Was ist mit den Folgekosten?

Die vielen Anträge aus den Fraktionen und auch Ortsverwaltungen zeigen, dass es auch andere Notwendigkeiten und Wünsche gibt. Bereits bei der Diskussion um den Finanzhaushalt der nächsten 4 Jahre hat die SPD vehement reklamiert, dass der Um- und Neubau der Volkshochschule und damit auch der Neubau der Kindertagesstätte Gut-Betha wieder verschoben wurde. Natürlich wissen wir, dass die Vhs nicht zu den „Pflichtaufgaben“ einer Kommune gehört, doch deswegen darf man deren räumliche Voraussetzungen nicht als Manövriermasse behandeln. Bei einer immer älter werdenden Gesellschaft zeigt sich, dass auch für die Seniorinnen und Senioren Weiterbildung immer wichtiger wird, von den Sprachkursen, den gesellschaftspolitischen und sozialen Themen und der Musikschule ganz zu schweigen. Darum fordern wir im Gleichklang mit anderen Fraktion sofort zu planen und baldmöglichst auch zu bauen. Außerdem wird bei dieser Diskussion immer stillschweigend hingenommen, dass der Kindergarten an dieser Stelle in

der Altstadt sehr wichtig ist und seit Langem unter sehr eingegengten räumlichen Bedingungen arbeitet und dabei sehr gute Arbeit leistet.

Worüber wir uns in diesem Haushalt wirklich freuen ist die Installierung der Wohnbau-gesellschaft in unserer Stadt. Damit wird nicht nur eine uralte SPD-Forderung verwirklicht, sondern für viele Menschen – Einzelpersonen, Familien, Alleinerziehende, Junge und Ältere – wird es bald mehr bezahlbaren Wohnraum geben. Die Angst, damit würden Sozialhilfeempfänger angelockt, ist reine Stimmungsmache und meines Erachtens auch Menschen verachtend, denn viele Menschen arbeiten und sind trotzdem Aufstocker und benötigen bezahlbare Wohnungen, von den älteren Menschen mit kleiner Rente ganz zu schweigen. Wir wollen mit der Wohnbau Rottenburg auch keine sozialen Ghettos errichten, sondern darauf achten, dass zukünftige Wohngebiete gut durchmischt gebaut werden. Dass diese Gesellschaft zuerst einmal Geld kostet und wir sie als eine „Tochter“ der Stadt auch finanziell gut ausstatten müssen, ist selbstverständlich und wird von allen Fraktionen getragen.

Sinnvoll und notwendig sind für uns auch der Rathaus Um- und Neubau und zwar an einem Stück, damit für die städtischen Mitarbeiter einerseits die räumliche Einengung und der Baulärm absehbar sind, auf der anderen Seite das Familienberatungszentrum des Landkreises seine Arbeit ausdehnen kann und es durch die unmittelbare Nähe zu unserem Sozialamt und dem Schulamt sicher Synergieeffekte für unsere Bürgerinnen und Bürger gibt. Da bisher unser historisches Rathaus nicht barrierefrei ist, freuen wir uns darauf, dass dies durch den Einbau eines Lifts in einiger Zeit auch zur „Geschichte“ gehören wird.

In ihrer Haushaltsrede legen Sie, Her Oberbürgermeister, stolz dar, wie rege die Bautätigkeit unserer Stadt ist, doch wie knapp unser Personal im Hoch- und Tiefbauamt ist, zeigen bereits jetzt all die vielen kleineren Maßnahmen, die in 2016 geplant waren, aber nicht umgesetzt werden konnten und daher auf 2017 verschoben werden mussten. Jetzt kommen nochmals große Maßnahmen dazu und das Personal in diesen Ämtern bleibt gleich. Wir müssen uns ernsthaft überlegen, ob es nicht Sinn macht, hier das Personal aufzustocken.

Wir müssen uns im kommenden Jahr – zusammen mit dem Jugendgremium - auch Gedanken machen, ob und wenn ja wo wir in der Kernstadt ein zweites Jugendhaus benötigen und mit welcher Konzeption, denn nur Geld in das jetzige Gebäude zu stecken, löst sicher nicht die Probleme unseres Jugendhauses.

Das Problem der kaum vorhandenen öffentlichen Toiletten soll der gemeinsame Antrag von der WIR, den Grünen und uns deutlich machen und lösen helfen. Sollte die Stadt andere Vorschläge haben, stehen wir dem offen gegenüber.

Wie Sie sehen, gibt es dieses Jahr einige gemeinsam getragene Anträge von verschiedenen Fraktionen, da manche Vorhaben sonst Gefahr laufen, sich gegenseitig Konkurrenz zu machen oder nicht „gehört“ zu werden.

Unserer Meinung nach brauchen wir für die Quartiere in der Kernstadt und den Teilorten Gesamtkonzepte, um die Prioritäten für die konkreten Vorhaben und Beschlüsse bewerten zu können. Wir fordern schon länger, diese Prioritätenliste bereits während des Jahres gemeinsam mit der Verwaltung zu erarbeiten und nicht erst bei den Haushaltsberatungen „vorgesehen“ zu bekommen. Wir brauchen Gestaltungsspielräume, um für die Zukunft die richtigen und damit nachhaltigen Entscheidungen treffen zu können, nicht nur im Kreuzerfeld, sondern auch in anderen Quartieren.

Dies wäre sicher auch ein Zeichen für Transparenz und damit auch ein Mittel gegen die Politikverdrossenheit vieler Menschen auch bei uns. Dass sich Menschen für ihre Ideen, für ihr Quartier, für Vereine wie auch für Flüchtlinge vorbildlich einsetzen, ist in Rottenburg Gott sei Dank bis jetzt selbstverständlich und dafür möchten wir uns bei allen engagierten Menschen ganz herzlich bedanken.

Freie Bürger/FDP

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Sehr verehrte Damen ,sehr geehrte Herren

Der HHP nach dem Neuen kommunalen Haushaltsrecht gleicht einem Glaubensbekenntnis , weil man das was drin steht glauben muss, so die Verwaltung bei der Haushaltsklausur auf Nachfrage zum Vergleichen des vergangenen Jahres. Die Verwaltungsspitze und der Kämmerer hatten ein Lächeln im Gesicht. Ein Schelm wer Böses denkt. Die wieder gut gefüllte Reserve, liquide Eigenmittel, trägt, weil das eingezahlte Geld Rückfluss ist, aus begonnenen aber noch nicht ganz abgerechneten Investitionen vom Vorjahr. Das dann wieder für diese neu ausgegeben wird .Trotz der hohen Investitionen von fast 33 Mio. € im Jahr 2017 gibt es einen Zahlungsmittelüberschuss, früher Zuführungsrate von ca.8,0 Mio. € . Die Freien Bürger /FDP werden in diesem Jahr keine eigenen Anträge stellen. Wir werden aber anderen Anträgen zustimmen. So ist da der gemeinsame Antrag für die VHS, allerdings für die Räume im Rettungszentrum. Von dem Lärm der deswegen gemacht wurde, ist nach der Ortsbesichtigung nicht mehr viel zu hören. Immer wer am lautesten schreit der wird gehört. Die Fraktion der CDU will mit Ihrem Antrag die Anfrage der Freien Bürger/FDP wegen der vernachlässigten Pflege der Gemeindestrassen und Feldwege unterstützen und sogar noch erweitern, was wir natürlich wirklich gut finden und deshalb zustimmen.

Der vom Gemeinderat genehmigte Feldschütz wird nicht für das was er eingestellt wurde verwendet. Sein Einsatz wird vom Ordnungsamt eingeteilt. Nicht ohne Grund braucht man eine Kontrolle in Feld und Flur. Wir wollen, dass der Feldschütz im Feld kontrolliert.

Ohne grosse Not will man im Galgenfeld ein Gewerbegebiet mit fast 30 ha planen. Das Gebiet ist sehr sensibel und eigentlich nicht geeignet und keiner weiss es, es wird zu 80% biologisch landwirtschaftlich bewirtschaftet. Das sollte eigentlich der Stadt Rottenburg etwas wert sein. Natürlich sind hohe Gewerbesteuern gut für Investitionen, aber wenn sie nicht so sprudeln muss man halt kleinere Brötchen backen. Nach sieben fetten Jahren , können sieben magere Jahre folgen. Viel wichtiger wäre es, so wie bei der Innenentwicklung beim Wohnungsbau die noch vorhandenen Flächen in Gewerbegebieten die noch nicht der Stadt gehören aber schon erschlossen sind mit einem Zuschlag am Kaufpreis zu erwerben.

Wir wünschen uns bei Vergaben von Abbrüchen wie beim DHL Gelände mehr Sorgfalt bei der Ausschreibung, da ist man noch mit einem blauen Auge davon gekommen und auch nur deshalb, weil die Baugrube grösser war als die Menge des Abbruchmaterials. Und wir erinnern auch daran , dass im Zuge der Bebauung des DHL Geländes mit Wohnungen für ca. 300 Einwohner, an einen Zughalt gedacht wird.

Unsere Forderung in zukünftigen Baugebieten mehrgeschossige Häuser und in der Kernstadt auch an Hochhäuser zu denken , fand bei der Verwaltungsspitze und bei den Gemeinderatskolleginnen und- Kollegen leider keinen Zuspruch. Nicht einmal von der Grünen Fraktion bekamen wir hier Unterstützung um den Flächenfrass durch solche Möglichkeiten zu reduzieren. Hier sind andere

a
ly

Kommunen, z.B. Nehren, weitsichtiger und vorausschauender als die Stadt Rottenburg.

Wenn der Gemeinderat, wie die Linken es wünschen noch zusätzlich einen Urnenwald bereitstellt, machen wir doch ein neues Fass auf. Die Grünflächen der Friedhöfe sind bereitgestellt und müssen deshalb auch in jedem Fall gepflegt werden. Wo ist da die Einsparung. So wie bei allen öffentlichen Einrichtungen der Stadt, Bäder, Museen, Veranstaltungsräume, Stadtbibliothek usw. muss auch bei den Friedhöfen eine Unterdeckung möglich sein.

Vielen Dank für die Ersteller des HHP 2017 und deren Mitarbeiter

Danke auch fürs Zuhören

Alfons Heberle

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

wenn ich aus politischer Sicht auf das Jahr 2016 zurückblicke, dann werden mir die Wahl von Donald Trump zum US-Präsident und das Ergebnis der AfD von 15,1 Prozent bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg in Erinnerung bleiben.

Eine Gemeinsamkeit von Trump und der AfD ist, dass sie schlichte Antworten auf komplexe Fragen anbieten. Die kann es aber nicht geben. Und wer den Menschen in einer komplizierten Welt einfache Antworten vorgaukelt, belügt sie!

In meiner aktuellen beruflichen Tätigkeit sehe ich aber jeden Tag, dass gerade das Internet und die sozialen Medien in dieser Hinsicht von den Rechtspopulisten erschreckend gut genutzt werden.

Hinzukommt, dass auf Facebook und Twitter jeder publizieren kann und die Unterscheidung zwischen Fakten und Erfundenem zunehmend schwierig wird. Willkommen im postfaktischen Zeitalter. Ein Zeitalter, indem Aussagen von Politikern frei erfunden und dann tausendfach geteilt werden.

Ich möchte Ihnen ein aktuelles Beispiel geben: Ein Schweizer Pegida-Fan hat sich ein Zitat von Renate Künast zum Mord an der Studentin Maria in Freiburg ausgedacht und als angebliche Quelle die Süddeutsche Zeitung angegeben. Innerhalb weniger Stunden war das Zitat 5000 mal geteilt worden. Ein Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung schrieb dazu:

„Es ist jetzt schon ein paar Stunden her, dass wir Facebook gemeldet haben, dass das hier Fake News sind (...). Außer einem Versprechen, dass man schauen wird, was man machen kann, ist halt leider nichts passiert (...) aber hey: Ein paar Stunden lang nicht wissen, was man mit so einem demokratiezersetzenden Dreck machen soll — das kann man sich als Multimilliardenmedienkonzern schon mal erlauben, gell?“

Die Art der verleumderischen Zuschreibung falscher Zitate zur Aufstachelung zum Hass wird derzeit immer populärer, weil Facebook nicht oder nur sehr unwillig bereit ist, diese Inhalte zu löschen. Es droht eine große Fake-News Welle im Jahr der Bundestagswahl. Von dieser Meinungsmanipulation im Netz wird Rottenburg nicht ausgenommen sein.

Deshalb sage ich, wir müssen raus aus unserer Blase. Wir müssen raus aus dem begrenzten Kreis der Leser*innen des Amtsblatts und der Tageszeitungen. Wir müssen auch auf Facebook Informationen zur politischen Willensbildung zur Verfügung zu stellen, die aus einer authentischen Quelle stammen. Deshalb beantragen wir, dass vom neuen Amt für Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung eine Facebook-Seite betrieben wird, auf der regelmäßig Informationen zum Stadtgeschehen und zur Stadtpolitik veröffentlicht werden, die aus einer echten und glaubwürdigen Quelle stammen.

Denn wir dürfen die Meinungsbildung in den Sozialen Medien nicht den Rechtspopulisten und ihren Fake-News überlassen.

Eine von Rechtspopulisten gern geteilte Aussage ist, dass der Klimawandel und die Erderwärmung nicht von Menschen gemacht sind. Fakt ist aber, dass die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre seit der Industrialisierung zunimmt und dass die CO₂-Zunahme in den letzten Jahren an Tempo gewonnen hat. Der Planet erwärmt sich immer weiter.

Das Polareis schmilzt. Tief liegende Regionen wie Bangladesch könnten komplett überflutet werden. In Afrika droht eine massive Ausbreitung von Dürrezonen. Außerdem könnten Hitzeperioden ungeahnten Ausmaßes entstehen. Wir müssen mit 200 Millionen Klimaflüchtlingen

rechnen. Das ist keine GRÜNE Klimahysterie, das sagt der Entwicklungsminister Gerd Müller von der CSU.

Klimawandel und Flüchtlinge – diese zwei Begriffe werden in Zukunft noch enger miteinander verbunden sein. Wenn wir Fluchtursachen bekämpfen wollen, muss die Bekämpfung der Klimakrise eine wichtige Rolle spielen. Deshalb wollen wir die Klimapolitik in Rottenburg wieder mehr in den Vordergrund stellen.

Unsere Haushaltsanträge tragen diese Handschrift. Mit dem European Energy Award wollen wir unsere bisherigen Maßnahmen auf den Prüfstand stellen und neue Handlungsfelder identifizieren. Die Umgestaltung des Bahnhofs zu einem Leuchtturm für nachhaltige Mobilität mit Ladesäulen für Elektroautos, einer Parkstation für E-Bikes und mehr Park + Ride Parkplätzen wird dazu beitragen, dass mehr Menschen auf die Schiene umsteigen. Die Fortschreibung des Radverkehrskonzepts für sichere Wege und ein gut ausgebautes Netz leistet ebenso einen Beitrag dazu, Wege in Zukunft mit dem Rad statt mit dem Auto zurückzulegen, zumal die Fahrradsaison wegen des mildereren Klimas bei uns zunehmend länger wird. Und im Verkehr muss etwas geschehen, denn er ist der einzige Sektor, der seine CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 bisher nicht mindern konnte.

Der Erhalt unseres Wohlstands und unser Mobilität muss von der Ausbeutung des Planeten entkoppelt werden. Das muss ein Kernanliegen des Haushalts 2017 sein.

Eine große Aufgabe für Rottenburg wird die Integration von Menschen aus über 100 Nationen bleiben. Wir Grüne stehen für eine offene und bunte Gesellschaft. Wir begrüßen es sehr, dass 2017 ein Integrationsbeirat eingerichtet wird, der die Belange der Menschen mit Migrationshintergrund in die Stadtpolitik einbringt und klar gegen jegliche Art von Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus eintritt.

Ohne unsere Volkshochschule kann Integration nicht gelingen. Denn dort finden die zahlreichen Sprach- und Integrationskurse statt. Wir alle wissen: Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Deshalb wollen wir auch Kursräume zur Verfügung stellen, in denen diese Aufgabe gelingen kann. Dass fraktionsübergreifend bei der Besichtigung des Rettungszentrums ein Konsens gefunden wurde, empfinden wir als sehr positiv.

Erlauben Sie mir einen Satz zu einem meiner Herzensthemen, der Schulbildung. Es freut uns sehr, dass die Stadtverwaltung versucht, ihrer Aufgabe als Schulträger gut gerecht zu werden. Die hohen Investitionen sprechen für sich. Denn gute Bildung braucht auch gute Lernräume. Auch im personellen Bereich haben wir die Weichen gestellt. Der Ausbau der Schulsozialarbeit und die Einstellung von Koordinatoren für die Ganztagsbetreuung waren richtige Entscheidungen. Mir ist dieses Jahr tatsächlich kein weiterer Haushaltsantrag für diesen Bereich eingefallen. Die Verwaltung hat also gut gearbeitet.

Nochmal zusammengefasst sind es drei Dinge, die uns im Haushalt 2017 besonders wichtig sind: Die Präsenz auf Facebook mit echten Informationen als klares Signal gegen die Fake-News von Rechtspopulisten, eine Klimapolitik, die ihren Namen verdient und die Stärkung der Volkshochschule in ihrer Aufgabe als Garant für eine gelingende Integration.

Unsere Fraktion bedankt sich bei der Kämmerei für die unermüdliche und akribische Arbeit der der Aufstellung des ersten Haushaltsplans im neuen kommunalen Haushaltsrecht. Uns wünsche ich nun intensive und stets faire und sachliche Beratungen.



Haushaltsrede 2017

Christian Biesinger, Fraktion der Jungen Aktiven

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Verwaltungsspitze, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Haushalt 2017 ist insofern etwas Besonderes, weil wir uns zum ersten Mal mit dem neuen Haushaltsrecht befassen und uns nun endgültig von dem kameralistischen Haushalt trennen mussten.

An dieser Stelle gilt unser Dank den Mitarbeitern der Kämmerei, die durch viele zusätzliche Arbeitsstunden versucht haben Licht ins Dunkel des neuen Systems zu bringen und uns somit den Einstieg in das neue System zu erleichtern.

Auch dieses Jahr haben wir wieder das große Glück, dass die wirtschaftliche Lage nach wie vor stabil ist und uns somit viel Spielraum für Planungen und Investitionen lässt.

Aber auch dieses Jahr wollen wir daran erinnern, dass nur ausgegeben werden kann was auch zur Verfügung steht.

Wir sind sehr stolz darauf, dass der Kernhaushalt der Stadt Rottenburg am Neckar schuldenfrei ist und sind froh, dass der gemeinsame Kurs beinhaltet, dass dies auch so bleibt.

Dies ist auch insbesondere mit Blick auf die aktuelle politische Lage elementar. Die Flüchtlingsfrage haben wir zwar in Rottenburg unserer Ansicht nach souverän beantwortet. Aber die aktuellen Wahlergebnisse zeigen, dass wir uns in Zeiten der politischen Verunsicherung und Unzufriedenheit befinden.

Im kommenden Jahr finden auch bei uns in Deutschland Bundestagswahlen statt und es wird auch unsere Aufgabe sein uns als kommunale Vertreter dafür einzusetzen, dass die demokratischen Parteien gestärkt hieraus hervor gehen. Hierzu müssen wir zusammen arbeiten, egal welcher couleur wir angehören.

Was die Entwicklung unserer schönen Stadt anbelangt stand und stehen Hallen und Schulen im Mittelpunkt. Dieses Jahr konnten wir die neue Hallen in Wendelsheim und in Dettingen einweihen. An dieser Stelle vielen Dank an das großartige Engagement der Ortschaften.

Auch sind die ersten Schritte in Richtung Neubau der Grundschule Hailfingen und der Hohenbergschule getan. Wir freuen uns auf die Umsetzung auch wenn, oder vor allem weil der Weg dahin nicht immer einfach war.

Allerdings ist es an dieser Stelle nun auch an der Zeit unseren Unmut kund zu tun. Ein Projekt, das uns sehr am Herzen liegt wird nun schon seit über einem Jahrzehnt verschoben, das Jugendhaus Klausse.

Wir kommen leider nicht drum herum festzustellen, dass wir uns an dieser Stelle übergangen und nicht ernst genommen fühlen.

Erst wird der Ruf nach einer Sanierung jahrelang ignoriert, dann wird durch das Inaussichtstellen eines Alternativstandorts vertröstet. Ein anmietbarer Raum für Jugendliche ist also immer noch nicht in Sicht und in den Räumlichkeiten des Jugendhauses Klausse herrschen erhebliche Sicherheitsmängel vor.

Wir Jungen Aktiven schätzen es sehr, dass dieses Jahr die WIR, die SPD, die Grünen und die Linke auch die Notwendigkeit sehen, das Projekt Jugendhaus Klausse anzugehen und hierfür eine Planungsrate beantragen. Nur sind wir Jungen Aktiven jetzt einen Schritt weiter und fordern, dass bereits im Jahr 2017 die Sanierung des bestehenden Jugendhauses beginnt.

Gerade in Zeiten einer gesetzlichen vorgeschriebenen Jugendvertretung sollten wir uns darüber klar werden wie wichtig uns das Gesagte ist und inwiefern wir dies auch wertschätzen oder ob es sich hier lediglich um leere Phrasen handelt.

Die Fraktion der Jungen Aktiven bedankt sich bei allen, die an der Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfs mitgearbeitet haben, insbesondere aber bei Herrn Meßmer und seinem Team.

Unsere Zustimmung oder Ablehnung zum Haushalt machen wir davon abhängig, ob wir das Gefühl haben, dass Jugendbeteiligung und auch die Stimmen der jungen Gemeinderatsmitglieder zukünftig ernst genommen werden oder nicht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Wählerinitiative Rottenburg e. V.

Bad Niedernau Baisingen Bieringen Dettingen
Eckenweiler Ergenzingen Frommenhausen
Hailfingen Hemmendorf Kernstadt Rottenburg
Kiebingen Obernau Oberndorf Schwalldorf
Seebrohn Weiler Wendelsheim Wurmlingen

■ WIR - Wählerinitiative Rottenburg

Dr. med. Peter Cuno | Rostockerstraße 18 | 72108 Rottenburg

Haushaltsrede 2017 am 12.12.2016

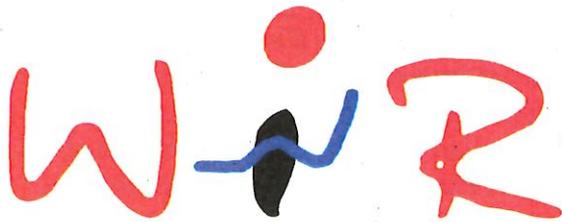
Als vorletzter Redner zu sprechen ist vorteilhaft, weil WIR auf dieses Zahlenwerk eines erneuten Superhaushalts nicht mehr eingehen müssen. Respekt gebühren der Verwaltung für die scheinbar problemlose Einführung der Doppik, deren Nutzeffekt aber fragwürdig scheint.

1. SANIERUNG. SCHULEN. Uns fällt der erhebliche Sanierungsbedarf auf. Schulen und Kindergärten werden weniger mit Sanierung, eher durch Neubau aufgefrischt. Neubauten statt Sanierungen zu fördern sind der falsche Weg des Landes. Massiv investiert wird in die Hohenbergschule, Gs Hailfingen, die GiG und KfRs. Pflichtaufgaben dürfen aber Bildungseinrichtungen wie die VHS als ebenso wichtige Maßnahmen nicht vergessen. Zum Planungsbeginn fordern wir die Erhöhung der Planungsrate. Die Chance, ein Haus der Bildung mit Stadtbibliothek an der Sprollstraße zu errichten, wurde vertan. Der dortige Kindergarten muss in einen Neubau oder besser in das vordringlich zu erwerbende Prälatenhaus verlegt werden. Stimmt, dass dieses Gebäude künftig nur der Ablagerung von Gerichtsakten dienen soll?

Die Sanierung der Räumlichkeiten im Rettungszentrum ist zwingend. WIR wollen interfraktionell 100 T € statt 75 T € zur Risikoabdeckung in den Haushalt einstellen. Diese Räume müssen, evtl. wie die auszubauenden in der Tübingerstraße 68, für die Sanierungszeit der VHS vorgehalten werden. Auch Moriz Gebäude und Rathaus Ergenzingen sind Pflichtaufgaben. Das Jugendhaus fällt unter Pflichtaufgaben. Deswegen fordern WIR für das Jugendhaus eine Planungsrate von 70000 € in 2017 für die konzeptionelle und planerische Entwicklung. Könnte hier nicht das Prälatenhaus als Unterkunft- Sanierungs-Zwischenlösung dienen?

2. SANIERUNG STRASSEN. Straßensanierungen stehen genauso an. Insofern ist der Antrag auf Erhöhung des Gemeindestraßenanteils mindestens für 2017 mehr als sinnvoll, um Straßenprojekte wie die Mechthildstraße, Erweiterung der Graf Bentzel Straße und die angesprochenen Feldwege wie auch den Kreisverkehr in Ergenzingen u.a. in Angriff zu nehmen. Auch wenn es keine Aufgabe Rottenburgs ist, ist der Ausbau der Osttangente bis zur Abfahrt nach Seebrohn im Rahmen des Neubaus der B28 parallel zu realisieren. Stadt, Kreis und Land sind beim Bund gefordert! Warum man die B28 in Kiebingen ohne Tieferlegung baut, gleich geschwindigkeitsreduziert und nicht vierspurig, erschließt sich uns nicht.

3. GEWERBE. Das DHL Konzept als kernstädtisches Gewerbegebiet ist gescheitert. Dort wird ein Neubaugebiet entstehen. Es ist 5min. nach 12 h zur Ausweisung eines oder mehrerer kernstädtischer Gewerbebestände. Wir müssen Vorhalteflächen in den Industriegebieten in Hailfingen und Ergenzingen für schnelle Industrieansiedlungen schaffen, um Angebote machen



Wählerinitiative Rottenburg

Bad Niedernau Baisingen Bieringen Dettingen
Eckenweiler Ergenzingen Fromenhausen
Hailfingen Hemmendorf Kernstadt
Kiebingen Obernau Oberndorf Schwalldorf
Seebrohn Weiler Wendelsheim Wurmlingen

■ WIR - Wählerinitiative Rottenburg

Dr. med. Peter Cuno | Rostockerstraße 18 | 72108 Rottenburg

zu können. So hätten wir vielleicht eine Fa. SARC Boysen, neu in Empfingen mit 140 Arbeitsplätzen angesiedelt, werben können. Was macht die Innenstadt? Warum prosperieren etwa gleichgroße Orte in der Nachbarschaft? Rottenburg besteht bald nur noch aus Bekleidungsäden, Telefonshops und sich befehdenden Lokalen und Eisdielen. Norma verlässt mittelfristig seine Räumlichkeiten. Was das bedeutet, dürfte allen klar sein. WIR meinen, dass unsere Kriterien für den Standort Handel, Gewerbe und Industrie konsequent ergebnisoffen überprüft werden müssen. Bräuchten wir nicht doch einen professionellen Wirtschaftsmanager? Die Ergebnisse der letzten Jahre sind sehr unbefriedigend.

4. SUBVENTIONEN. Die Stadt/ die Stadtwerke subventionieren Bäder, Parkhäuser, den ÖNPV, Friedhöfe und manches mehr, sogar Mensaessen ! Darf es sein, dass die Hospitalstiftung 50000 € dafür drauflegt und so das Stiftungsvermögen reduziert ? Ein Mensaessen kostet seit 10 Jahren unverändert 3 € . Anderenorts werden ganzjährig ! 50 € für drei Mahlzeiten erhoben werden. Wenn die Stadt solche Verträge kostenunterdeckend abschließt, muss sie das Defizit tragen und zeitgerecht die Preise anpassen. An Subventionen kommen wir nicht vorbei. Dazu gehört zweifellos der fehlende Anschluss Ergenzingens an den Stuttgarter Verkehrsverbund. Naldo ist keine Lösung im Speckgürtel der Metropole. Bei der nächsten Ausschreibung des ÖNPVs muss ein Umdenken zu umweltfreundlichen Alternativen erfolgen. Die steuerliche Subventionierung von Beerdigungskosten ist untragbar. Das gesamtstädtische Friedhofskonzept muss mittelfristig überprüft und bundesweit liberalisiert werden.

5. BÜRGERBETEILIGUNG. Die Verwaltung scheint sich um die Einbindung der Bevölkerung zu bemühen. Scheint deswegen, weil sie z. B. über 2000 Unterschriften zum " Schänzle" minder oder eher mehr ignoriert. Ausschüsse für Behinderte und Integration mit kleinen Fraktionen diskriminierender Besetzung aus dem Gemeinderat, Arbeitskreise wie für Mensaessen, Ausländerbeirat und Jugendgemeinderat sollen Bürgernähe demonstrieren. Sind wir schon eine Räterepublikgemeinde? Dennoch, die letzte Entscheidung liegt nur beim Gemeinderat ! Wenn der Aufzug im neuen Rathaus öffentlich wird, wäre das ein Zeichen von Bürgernähe.

6. Die Haushaltsanträge sind bekannt. Einiges wird interfraktionell beantragt. Das spricht für die gute Zusammenarbeit im Rat. WIR werden ab sofort keine Deckungsvorschläge mehr machen. In dieses Verwaltungskorsett der letzten Jahre lassen WIR uns nicht mehr zwingen.

WIR bedanken uns für die gute Zusammenarbeit im Gemeinderat, mit der Verwaltung und den Teilorten.

Danke, Dr. Cuno, WiR es gilt das gesprochene Wort.

Haushaltsrede 2016 (Dr. Emanuel Peter, Die Linke)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen!

Unsere Haushaltsrede steht unter dem Motto „Die Menschen in den Mittelpunkt stellen – der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich entgegenzutreten“. Mit unseren Haushaltsanträgen wollen wir die Zukunft Rottenburgs sozial gestalten, für alle Altersgruppen und zum Wohl der gesamten Stadt. Bei der Präsentation des neuesten Berichts über „Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel“ war ich kürzlich im Kreistag der Einzige aus Rottenburg. Deswegen möchte ich hier zwei Kernaussagen wiedergeben, die auch für unsere Stadt große Bedeutung haben. Erstens: Trotz des anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs wächst die Armutsbedrohung für Kinder und Jugendliche weiter an und ist für die Entwicklung der Betroffenen eine Katastrophe. Zweitens: Neben dieser individuellen Perspektive kann es sich unsere älter werdende Gesellschaft auch wirtschaftlich nicht leisten, fast zwei Millionen Minderjährige von der sozialen, gesellschaftlichen und politischen Teilhabe weitgehend auszuschließen. Denn diese Kinder und Jugendlichen von heute sind die Leistungsträger von morgen und sind die Stützen für Wohlstand, Zusammenhalt, Traditions- und Wertevermittlung in unserer Gesellschaft. Deshalb, so der Verfasser der regionalisierten Studie Ulrich Bürger, darf kein Kind verloren gehen, egal wie arm seine Eltern sind oder woher sie stammen. Obwohl dies bereits Studien von kirchlichen und Wohlfahrtsverbänden vertreten haben, werden diese Tatsachen immer noch verdrängt, tabuisiert oder schlicht geleugnet, um die Taten- und Verantwortungslosigkeit auf lokaler Ebene zu verbergen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist gut, dass wir im nächsten Haushalt endlich einige Schulen sanieren oder neu bauen, damit die Räumlichkeiten einem individualisierten Lernen angepasst werden, wie uns das gerade am Beispiel der Kreuzerfeld-Realschule gezeigt wurde. Es ist gut, dass wir einstimmig den Beschluss für eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft gefasst haben, nachdem der preiswerte Mietwohnungsbau jahrelang ein kümmerliches Schattendasein gefristet hat. All das ist notwendig. Fatal ist aber, wenn die grün-schwarze Landesregierung den Kommunen Millionenbeträge kürzt, so dass diese nicht entsprechend ihren Notwendigkeiten investieren können. Monatelang haben die drei großen Kommunalverbände öffentlich dagegen protestiert und selbst der Kreistag Tübingen hat sich mit großer Mehrheit unserer Protestresolution angeschlossen. Sie, Herr Oberbürgermeister, waren leider mit einem Teil Ihrer Fraktion dagegen. Ich wiederhole meine Worte im Kreistag: „Die Kommunen und Landkreise sind die entscheidende Grundlage unserer Demokratie und unseres sozialen Zusammenhalts. Hier können alle Menschen unmittelbar Einfluss auf Entscheidungsprozesse nehmen, aber auch soziale Sicherheit durch die Daseinsvorsorge erfahren. Wir Kommunalvertreter haben eine besondere Verantwortung und Pflicht, die finanziellen Grundlagen für diese Aufgaben zu sichern.“

Es ist deshalb nur die halbe Wahrheit, Herr Oberbürgermeister, wenn Sie in Ihrer Haushaltsrede betonen, man könne den gesellschaftlich erarbeiteten Kuchen nur einmal verteilen. Denn vor dem Verteilen schafft eine gierige Minderheit Milliarden an der Steuer vorbei in Steueroasen wie Luxemburg, Panama usw. Wir

haben zwar die größten Steuereinnahmen seit Bestehen der Bundesrepublik und mit über 30 Milliarden Euro die höchsten DAX-Gewinne seit je. Trotzdem hat laut Gemeindefinanzbericht der Investitionsstau im Ländle in den letzten beiden Jahren um 20 Prozent zugenommen. Wenn dann eine Landesregierung aus dem kommunalen Finanzausgleich Städten und Gemeinden 200 Millionen wegnimmt, heißt das für Rottenburg: Es fehlen uns zum Beispiel Gelder für die Renovierung der Werkrealschule Hohenberg und die Volkshochschule, für das Rathaus in Ergenzingen - stellvertretend für viele Vorhaben in unseren Stadtteilen – und letztlich für den Wohnungsbau und ein neues Jugendhaus. Jetzt leitet die Landesregierung nicht einmal die Hälfte der 780 Millionen Euro des Bundes für die Integration von Flüchtlingen an die Kommunen weiter, obwohl diese die Hauptlast tragen. Auch das trifft uns.

Wir machen deshalb mit unseren Anträgen darauf aufmerksam, was wir es für unabdingbar halten, unsere Stadt zukunftssicher zu machen. Einen besonderen Schwerpunkt setzen wir auf die Förderung der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe aller Kinder, unabhängig von ihrem Elternhaus, wie dies Diakonie und Wohlfahrtsverbände schon seit Jahren fordern und dies auch im Rottenburger Bündnis für Familie Unterstützung fand. Deshalb wollen wir endlich einen Einstieg in die gebührenfreie Regelbetreuung (wie dies zum Beispiel auch die SPD in Reutlingen vertritt). Wir beantragen feste Stellen für Vertretung gegen den hohen Krankenstand unter den Beschäftigten in den Kitas, auch um die Attraktivität dieses Berufsstands deutlich zu verbessern.

Selbstverständlich benötigen nicht nur Minderjährige soziale Teilhabe, sondern auch Erwachsene im Bezug von SGB II und SGB XII, für die wir ein Mobilitätsticket fordern, um Freunde, Vereinskameraden oder ein Fußballspiel besuchen zu können. Soziale Teilhabe muss erst recht für Menschen mit Behinderung gelten, indem sie verkehrssicher über unsere Plätze kommen. Das ist am Ehinger Platz immer noch nicht der Fall. Und selbstverständlich wollen wir mit unserem Vorschlag eines Urnenwaldes Rammert allen Einwohnern eine sozial verträgliche Ruhestätte in Würde ermöglichen.

Mehr Stellen benötigen wir für die erhöhten Anforderungen auch in den Ämtern: Rottenburg steht in den nächsten Jahren ein riesiges Investitionsprogramm vor der Tür, wie dies an der mittelfristigen Finanzplanung abzulesen ist. Das ist nur mit mehr Personal zu leisten, das schon bei einem Drittel der aktuellen Investitionssumme über die Grenzen seiner Belastung hinausgegangen ist.

Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen!

Uns ist bewusst, dass all dies von uns höhere Anstrengungen braucht. Anstrengungen, die sich jetzt auf-türmen, weil in den vergangenen Jahren die Investitionen nicht rechtzeitig und weitsichtig angepackt wurden, sondern mit dem Märchen von der Schwarzen Null verhindert wurden. Mit dem Gemeindehaushalt tragen wir nicht nur eine besondere Verantwortung gegen die wachsende soziale Spaltung. Sondern indem wir den sozialen Zusammenhalt stärken, entziehen wir den rechtspopulistischen Kräften den Nährboden, Arme, Arbeitslose und vom Abstieg Bedrohte gegen Flüchtlinge auszuspielen. Lassen Sie uns gemeinsam diese neue gefährliche Spaltung bekämpfen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit – Dr. Emanuel Peter